

Grußwort

»Alles Leben«, so schrieb der Philosoph Karl Popper, »ist Problemlösen«. Mit diesem kurzen Satz hat er in prägnanter Form deutlich gemacht, dass wir tagtäglich Entscheidungssituationen zu bewältigen haben. Insbesondere an die Wissenschaft werden heute wachsende Anforderungen gestellt, politik- und handlungsrelevantes Wissen für Entscheidungen zur Verfügung zu stellen.

Dabei wird einerseits ein Rückgang an Vertrauen in die Wissenschaft beklagt und andererseits werden Forderungen nach risikosensibler sowie problem- und nutzenorientierter Forschung erhoben. Werden die Struktur des »Subsystems« Wissenschaft und seine Mechanismen zur Prioritätensetzung der sich aus der relativen Autonomie ergebenden Macht und Verantwortung gerecht? Welche institutionellen Formen und Prozeduren der wissenschaftlichen Politikberatung sichern die Qualität der Expertise einerseits und sind andererseits dem Kontext des politischen Handlungsfeldes angemessen?

Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser und weiterer relevanter Fragen im Themenfeld Wissenschaftsforschung und wissenschaftlicher Politikberatung hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung im März 2003 die Förderinitiative »Wissen für Entscheidungsprozesse – Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft« ausgeschrieben. Es wurden von Ende 2003 bis Ende 2007 zwölf Vorhaben plus der wissenschaftlichen Begleitung durch eine Geschäftsstelle bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften mit insgesamt ca. 4,4 Mio. € gefördert. Die Herausgeber dieses Buches haben, unterstützt durch weitere Experten, sowohl in ihrer Rolle als Gutachter als auch als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen eine Stärkung der Wissenschaftsforschung ein Anliegen ist, mit großem Engagement und kritischem Rat maßgeblich zum Gelingen des Vorhabens beigetragen.

Die Projekte haben sich vor allem den beiden Themenschwerpunkten zugewandt:

- »Veränderungen der Wissensproduktion – Ursachen und Formen«: z.B. Analysen zum Umgang mit Nichtwissen im Spannungsfeld von epistemischen Kulturen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, Bestimmung des wissenschaftlichen Status von Computersimulationen am Beispiel der Klimaforschung und Genetik/Zellbiologie, Analyse von Visualisierung als eigene Wissensform und ihre Bedeutung für die Wissenskommunikation, Analyse der Dynamik problemorientierter Forschung am Beispiel der Klimaforschung.
- »Kommunikation wissenschaftlichen Wissens im politischen Meinungsbildungsprozess«: Integration wissenschaftlicher Expertise in medienvermittelte öffentliche Diskurse (Vergleich der deutschen Situation mit USA, Japan, Frankreich und Großbritannien), Untersuchung der Strukturen wissenschaftlicher Politikberatung am Beispiel des Agrarbereiches, Analyse der Strukturen und Funktionen von Ethikräten, Transnationalisierung von Wissenschaft am Beispiel der Stammzellforschung.

Das vorliegende Buch vermittelt einen Überblick zu den wichtigsten Ergebnissen und einen ausgezeichneten Eindruck von der Vielfältigkeit und Leistungsfähigkeit dieser Forschungsrichtung. Dabei werden nicht nur die Bedeutung neuer wissenschaftlicher Methoden für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess thematisiert und die Frage nach den Grenzen wissenschaftlichen Wissens gestellt, sondern es werden auch die Möglichkeiten der Wissenskommunikation für die Politikberatung ausgelotet und die zunehmende Relevanz ethischer Fragen für die politisch-gesellschaftliche Beurteilung wissenschaftlicher Forschung herausgearbeitet. Ich wünsche dem Buch eine breite, interessierte Leserschaft.

Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Vorwort: Die Förderinitiative

»Wissen für Entscheidungsprozesse –

Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft,

Politik und Gesellschaft«

PETER KRAUSE, TORGER MÖLLER

An die Wissenschaft wird zunehmend die Anforderung gestellt, politik- und handlungsrelevantes Wissen bereitzustellen und so an der Lösung konkreter und nicht selten dringender gesellschaftlicher Probleme mitzuwirken. Wissen, insbesondere wissenschaftliches Wissen, ist im Zeitalter der Wissensgesellschaft nicht nur zur wichtigen ökonomischen Produktivkraft und zu einer grundlegenden Handlungsressource geworden, sondern auch von zunehmender Bedeutung für die gesellschaftliche Legitimation politischer Entscheidungen. Wissenschaftliche Gutachten, Studien und Kommissionen, Expertisen und Gegenexpertisen sind ein nahezu alltäglicher Bestandteil von politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Dem wissenschaftlich begründeten und untermauerten Argument wird dabei eine besondere Wertigkeit zugebilligt und medientaugliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind gern gesehene Gäste, wenn es darum geht, in entsprechenden Fernsehsendungen oder in Zeitungen und Zeitschriften Aufklärung über die verschiedensten Phänomene oder Hilfestellung bei der Lösung von Problemen zu geben. Angefangen beim Klimawandel und der Stammzellforschung, über die Agrar-, Gesundheits- und Rentenpolitik bis hin zu Fragen der richtigen Ernährung und der Kindererziehung: Wissenschaftliches Wissen und wissenschaftliche Experten sind ein zunehmend wichtiger und wohl auch einflussreicher Bestandteil unserer Gesellschaft geworden.

Gleichzeitig lässt sich jedoch nicht selten auch ein Rückgang an Vertrauen in die Wissenschaft beobachten. Ihren aktuellen Ausdruck findet diese Skepsis gegenüber der Wissenschaft und neuen Technologien bei-

spielsweise in der verbreiteten Ablehnung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel oder in den ethischen Bedenken bezüglich der embryonalen Stammzellforschung. Gleichzeitig werden dabei von verschiedener Seite Forderungen nach risikosensibler sowie problem- und nutzenorientierter Forschung laut und neue Formen des Wissens und der Wissenskommunikation unter Einbeziehung von wissenschaftlichen Laien und Bürgern angemahnt. Forderungen und Mahnungen, die nicht ohne Folgen blieben und dazu führten, dass in den letzten Jahren insbesondere im Bereich der Gentechnologie und Biomedizin verschiedene Modelle der Bürgerbeteiligung erprobt wurden.

Aus diesen beiden, sich in einem gewissen Widerstreit befindlichen Entwicklungen erwächst eine Spannung, die zu der Frage führte, welche Funktion der Wissenschaft für die Entscheidungsprozesse in Politik und Gesellschaft zukommt und auf welcher Grundlage ein solcher Anspruch erhoben und umgesetzt werden kann. Auf diese Problemstellung hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2001 mit der Förderinitiative »Politik, Wissenschaft und Gesellschaft – Initiierung, Moderation, Begleitforschung und Fallkonkretisierung eines Programms zur Schwerpunktbildung in der Wissenschaftsforschung (2001-2003)« reagiert. Unmittelbar an dieses Programm schloss sich die Förderinitiative »Wissen für Entscheidungsprozesse – Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft (2003-2007)« an, aus der einige Forschungsergebnisse in dem vorliegenden Band nicht nur der wissenschaftlichen Gemeinschaft, sondern ebenso den Vertretern der Wissenschaftspolitik wie auch der interessierten Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Die in den Jahren 2001-2003 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) unter der Geschäftsführung von Rainer Hohlfeld und unter Mitarbeit von Simone Müller-Mangelsdorf durchgeführte Förderinitiative »Politik, Wissenschaft und Gesellschaft« zielte auf die Anregung wissenschaftspolitisch relevanter Forschungen ab, die – so der damalige Stand – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern in der deutschen Wissenschaftsforschung weniger stark entwickelt waren. Zur wissenschaftlichen Unterstützung dieser Förderinitiative wurde eine Steuerungsgruppe, bestehend aus Renate Mayntz, Simon Joss, Herfried Münkler, Friedhelm Neidhardt (Vorsitzender), Peter Weingart und Ulrich Wengenroth, eingerichtet, die den angestrebten Prozess der Schwerpunktbildung in der Wissenschaftsforschung mit ihrer Expertise und Erfahrung begleiten sollte.

Mit der Förderung durch das BMBF war die Absicht verbunden, der Wissenschaftsforschung in Deutschland neue Impulse zu geben und eine thematische Schwerpunktbildung zu unterstützen. Zur besseren Identifizierung von relevanten Forschungsfragen und möglichen Forschungslücken wurde ein intensiver Dialog mit der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft aufgenommen. Insbesondere wurden im Oktober 2001 durch eine öffentliche Ausschreibung interessierte Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler aufgefordert, thematische Vorschläge einzureichen, auf deren Basis weitere ausführliche Expertisen erstellt werden sollten. Als Reaktion auf diese Ausschreibung reichten weit über einhundert in diesem Forschungsbereich tätige Wissenschaftler insgesamt 90 Forschungsskizzen ein, nach deren Prüfung durch einen größeren Kreis von Gutachtern bis zum Mai 2002 zwanzig Expertisen zu wichtigen ausgewählten Problembereichen in Auftrag gegeben wurden. Diese umfangreichen Studien, die über das Internet veröffentlicht wurden¹, trugen entscheidend dazu bei, vier Themenschwerpunkte bzw. Cluster zu definieren, für die ein wissenschaftspolitisch relevanter Forschungsbedarf festgelegt wurde:

- Cluster A: Veränderungen der Wissensproduktion – Ursachen und Formen
- Cluster B: Kommunikation wissenschaftlichen Wissens im politischen Meinungsbildungsprozess
- Cluster C: Wissenschaftspolitik und Selbststeuerung von Wissenschaft
- Cluster D: Instrumente und Kriterien der Qualitätssicherung im Wissenschaftsprozess

Diese vier Cluster stellen jedoch keine scharf getrennten Forschungsfelder dar, sondern sind durch fließende Übergänge und Überschneidungen miteinander verbunden. Ihre Funktion war es vor allem, zu einer Strukturierung des weiten Frage- und Problemhorizontes in der Wissenschaftsforschung beizutragen und so eine gezielte Unterstützung als relevant erkannter Forschungsvorhaben zu ermöglichen. Sie bildeten eine wichtige Grundlage für die weitere Konzeption und die Ausschreibung der nachfolgenden Förderinitiative »Wissen für Entscheidungsprozesse – Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft (2003-2007«).

Ziel der Förderinitiative »Wissen für Entscheidungsprozesse« war es, durch die umfangreiche Unterstützung entsprechender Forschungsvorhaben die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft eingehender zu untersuchen. Hierzu sollten nicht nur die (sozial-)wissenschaftliche Beratungskompetenz für forschungs- und wissenschaftspolitische Entscheidungen gestärkt, sondern auch Strategien zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Wissenschaft sowie Instrumente und Kriterien zur Qualitätssicherung wissenschaftlicher Expertise diskutiert werden. Ferner sollten auch bereits existierende internationale Modelle der Forschungssteuerung (governance of science) analysiert und für die nationale Wissenschaftspolitik nutzbar

1 | Die Expertisen finden sich im Volltext als pdf-Dokumente auf der Inter- netpräsentation der Förderinitiative unter www.sciencepolicystudies.de/publikation/expertise.htm

gemacht werden. Und schließlich war es ein wesentliches Ziel dieser BMBF-Förderinitiative, innerhalb der Wissenschaft einen Diskurs über die Voraussetzungen und Formen der Wissensproduktion anzuregen und zu einer Verbesserung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit beizutragen.²

Um diese Ziele zu realisieren und eine qualifizierte wissenschaftliche Betreuung des Programms zu gewährleisten, kam der bereits eingerichteten Steuerungsgruppe zunächst die Aufgabe zu, die im Rahmen der im März 2003 vom BMBF erfolgten Ausschreibung der Förderinitiative »Wissen für Entscheidungsprozesse« eingereichten Forschungsanträge zu begutachten und mit Unterstützung externer Gutachter geeignete Projekte zur Förderung auszuwählen. Nach einem sich über mehrere Monate erstreckenden Auswahlverfahren, bei der eine Vielzahl von Konzepten für Forschungsprojekte eingehend diskutiert und begutachtet wurde, konnten schließlich folgende zwölf Projekte mit insgesamt mehr als dreißig Mitarbeitern in die Förderinitiative aufgenommen werden:

- Ansätze zu einer dialogisch-reflexiven Schnittstellenkommunikation zwischen Wissenschaft und Politik.
Leitung: Cordula Kropp (Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.)
- Ausgründungen als Grenzüberschreitung und neuer Typ der Wissensgenerierung: Chancen für die Innovation, Risiken für die wissenschaftliche Qualität?
Leitung: Heike Jacobsen, Andreas Knie, Dagmar Simon (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/Sozialforschungsstelle Dortmund)
- Auswirkungen der evaluationsbasierten Forschungsfinanzierung an Universitäten auf die Inhalte der Forschung.
Leitung: Uwe Schimank, Jochen Gläser (Fernuniversität Hagen)
- Brain exchange – Brain drain? Intersektorale Mobilität von Wissenschaftlern.
Leitung: Bernd Beckert (Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe)
- Computersimulationen – Neue Instrumente der Wissensproduktion. Validierungspraktiken, Unsicherheitsfaktoren und öffentliche Vermittlung.
Leitung: Sybille Krämer, Gabriele Gramelsberger (Freie Universität Berlin)
- Ethical Governance? Wissen, Werte und politische Entscheidungsprozesse in Deutschland, Frankreich und Großbritannien.
Leitung: Kathrin Braun (Universität Hannover)

2 | Eine ausführliche Beschreibung des Konzeptes und der Arbeit der Förderinitiative findet sich auf der Internetpräsentation der Förderinitiative unter www.sciencepolicystudies.de

- Expertenwissen, Öffentlichkeit und politische Entscheidung. Ethikkommissionen und Bürgerbeteiligung als Instrumente der Politikberatung in Deutschland und Österreich.
Leitung: Wilhelm Schumm (Institut für Sozialforschung, Frankfurt)
- Integration wissenschaftlicher Expertise in medienvermittelte öffentliche Diskurse (INWEDIS).
Leitung: Hans Peter Peters (Forschungszentrum Jülich, Programmgruppe MUT)
- Nichtwissenskulturen. Analysen zum Umgang mit Nichtwissen im Spannungsfeld von epistemischen Kulturen und gesellschaftlichen Gestaltungsöffentlichkeiten.
Leitung: Stefan Böschen, Jens Soentgen, Peter Wehling (Wissenschaftszentrum Umwelt, Universität Augsburg)
- Problemorientierte Forschung und wissenschaftliche Dynamik: Das Beispiel der Klimaforschung.
Leitung: Jost Halfmann (TU Dresden)
- Transnationalisierung der Wissenskommunikation und ihre Folgen für den politischen Meinungsbildungsprozess: Beispielfall Stammzellforschung.
Leitung: Rüdiger Wink (Ruhr-Universität Bochum)
- Visualisierung in der Wissenskommunikation. Analysen zur Frage einer »digitalen Zäsur« und ihrer Konsequenzen in der Forschungspraxis und der Kommunikation mit der Öffentlichkeit.
Leitung: Martina Heßler (Hochschule für Gestaltung, Offenbach)

Jede dieser Forschungsgruppen arbeitete an einem eigenständigen Projekt und war in der Gestaltung der tagtäglichen Forschungspraxis weitestgehend autonom und unabhängig.³ Gleichzeitig wurde den einzelnen Forschungsprojekten im Rahmen der Förderinitiative und der übergeordneten Fragestellung nach dem Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft jedoch die Möglichkeit zu einer umfangreichen projektübergreifenden Zusammenarbeit geboten. Hierzu wurden unter anderem gemeinsame Workshops und Tagungen durchgeführt, die den wissenschaftlichen Austausch zwischen den verschiedenen Projekten beförderten und sich positiv auf die Arbeit der Projekte auswirkten.

Maßgeblich angeregt und gefördert wurde diese Vernetzung der einzelnen Forschungsprojekte durch die im Winter 2003 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) eingerichtete Geschäftsstelle der Förderinitiative. Den Mitarbeitern der Geschäftsstelle, Peter Krause (Leiter), Torger Möller, Simone Müller (bis Sommer 2006)

3 | Eine ausführliche Beschreibungen der einzelnen Projekte einschließlich ihres jeweiligen Forschungsprogramms und einer Liste der Veröffentlichungen finden sich auf der Internetpräsentation der Förderinitiative unter www.sciencepolicystudies.de/projekt/index.htm

und Kathrin Trommler (ab Dezember 2006)⁴, oblag es, die Kommunikation sowohl zwischen den einzelnen Forschungsprojekten als auch mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der interessierten Öffentlichkeit zu organisieren. In enger Zusammenarbeit mit der an der BBAW angesiedelten Steuerungsgruppe war es ihre Aufgabe, die einzelnen Forschungsprojekte zu begleiten und soweit als möglich zu unterstützen sowie durch die Durchführung regelmäßig stattfindender Veranstaltungen eine kontinuierliche projektübergreifende Zusammenarbeit zu gewährleisten. Darüber hinaus bot die von der Geschäftsstelle organisierte und eigens für die Förderinitiative ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe *Berliner Akademiegespräch zur Wissenschaftspolitik* die Gelegenheit, in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften über wichtige Fragen aus dem Bereich der Wissenschaftsforschung und der Science Policy Studies zu diskutieren. Diese Veranstaltungen hatten zum Ziel, den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und interessierter Öffentlichkeit anzuregen und zu fördern. Auch hierbei arbeitete die Geschäftsstelle auf das Engste mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe zusammen. Diese übernahmen nicht nur wiederholt die Aufgabe, einzelne Veranstaltungen zu moderieren, sondern sie waren entscheidend an der inhaltlichen Ausgestaltung insbesondere der jährlich durchgeführten projektübergreifenden Workshops wie auch der im Mai 2007 veranstalteten Abschlusskonferenz beteiligt. Wiederholt hielten Mitglieder der Steuerungsgruppe im Rahmen von Veranstaltungen der Förderinitiative Vorträge zu einschlägigen Themen und beteiligten sich sehr engagiert an den Diskussionen während der verschiedenen Workshops und Konferenzen. Ebenso standen sie den einzelnen Forschungsprojekten der Förderinitiative mit ihrem Rat zur Seite und übernahmen nicht zuletzt auch die Peer Review für die in diesem Band versammelten Beiträge.

Unter dem »Dach« und durch die Anregung der Förderinitiative entstand im Laufe Zeit ein Netzwerk aus vielfältigen Kontakten und Verbindungen sowohl zwischen den einzelnen Forschungsprojekten als auch zu Institutionen über den engeren Kreis der Förderinitiative hinaus, sodass ein großer Teil der Wissenschaftsforschung in Deutschland miteinbezogen werden konnte und sich auf diesem Wege schließlich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffneten. Dies drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass nicht nur zahlreiche wissenschaftliche Kooperationsbeziehungen zwischen den einzelnen Forschergruppen entstanden, sondern auch darin, dass bereits vor Ablauf der Förderinitiative über gemeinsame zukünftige Forschungsvorhaben nachgedacht wurde und diese teilweise geplant bzw. auf den Weg gebracht worden sind. So ist bereits jetzt abzusehen, dass die Förderinitiative »Wissen für Entscheidungsprozesse« der

4 | An dieser Stelle sei ausdrücklich auch Rebecca Spöttlich erwähnt, die für einige Monate die Vertretung von Simone Müller-Mangelsdorf übernommen hatte.

Wissenschaftsforschung in Deutschland neue Impulse geben konnte, die über den reinen Zeitraum der finanziellen Projektförderung hinaus eine nachhaltige Wirkung entfalten können und an die sich auch in der Zukunft anknüpfen lässt.